

PRESSEMITTEILUNG #234 - 17.10.2024

Marc Timmer und Birte Pauls:

Die Schuldnerberatungsstellen erfüllen eine wichtige gesellschaftliche Funktion

Zur heutigen Demonstration der Mitarbeitenden der Schuldnerberatungsstellen vor dem Kieler Landeshaus erklären der Verbraucherschutzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Marc Timmer sowie die SPD-Sozialpolitikerin Birte Pauls:

„Leider sind immer mehr Menschen in unserem Land auf die Hilfe von Schuldnerberatungsstellen angewiesen. Dazu trägt vor allem die aktuelle wirtschaftliche Lage verstärkt durch steigende Lebenshaltungskosten bei. Das trifft insbesondere Alleinerziehende und ältere alleinstehende Menschen. Finanzielle Not ist Gift für die menschliche Seele. Hier Expertenrat anzubieten, ist eine gesellschaftliche Pflicht und staatliche Aufgabe. Schuldnerberatungsstellen sind oft die erste Anlaufstelle für Betroffene und bieten unverzichtbare, niedrighschwellige Unterstützung in Form von Beratung, Information und konkreter Hilfe bei der Schuldenregulierung an. Die Beratenden sind immer sehr bemüht, gute und gangbare Wege aufzuzeigen, die die Betroffenen so nicht hätten finden können. Dadurch können Menschen aufgefangen werden, die sich in einer schwierigen Lebenslage befinden. Alleine die Klärung der finanziellen Situation verschafft oftmals schon Erleichterung. Aber die Beratung geht weiter: Konkret geht es unter anderem auch um Verhandlungen mit Gläubigern. Damit kann überlasteten Schuldnerinnen und Schuldnern ein Neuanfang ohne Altlasten ermöglicht sowie ein Weg aus der Schuldenfalle aufgezeigt werden. Die Schuldnerberatungsstellen erfüllen so eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Leider sind viele Einrichtungen aufgrund der steigenden Miet-, Betriebs- und Personalkosten mittlerweile mit finanziellen Engpässen konfrontiert, die ihre Arbeit zunehmend bedroht. Die Landesregierung muss sich mit den Vertreter*innen der Beratungsstellen umgehend an einen Tisch setzen und gemeinsam Lösungen erarbeiten, damit die Angebote für Hilfesuchende auch in Zukunft uneingeschränkt aufrecht erhalten werden können!

Die Leistungen der Schuldnerberatungen werden in Kürze ohnehin aufgrund der EU-Verbraucherkreditrichtlinie zu einer staatlichen Verpflichtung. Auch dafür muss die Landesregierung entsprechend Vorsorge betreiben!“